

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

Wortführer für Berlin 7 Mk., 50 Pf., ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk., Österreich 13 Kr., 82 Hell., Rußland 4 Rub., 55 Kop., Holland 7 fl., 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-SENDUNG 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Angus, Stegle 39 Abne Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. S., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Verhandlungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Viehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterien.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restantenteil 1 Mk.

Herausgeber:

Ant I, Nr. 243.

Vom Tage.

Die französische Deputiertenkammer nahm gestern mit 296 gegen 209 Stimmen eine der Regierung günstige Tagesordnung an.

In den Staaten New-York, Ohio, New-Jersey, Connecticut und Massachusetts sind demokratische Gouverneure gewählt worden.

In den Festungswerken von Brasschaet bei Antwerpen explodierte bei Schießübungen eine Granate, durch die fünf Personen getötet, drei schwer und eine leicht verletzt wurden.

Der türkische Finanzminister Djavid Bei und Dr. Helfferich unterzeichneten gestern abend den Anleihevertrag.

Eine Niederlage Roosevelts.

Nach den letzten Nachrichten aus New-York haben die Demokraten schon jetzt durch die bisherige Eröberung von 37 Sitzen im Repräsentantenhaus zu Washington eine Majorität von 13 Stimmen über die Republikaner erzielt. Sie gewannen außerdem acht Sitze für den Senat und haben dadurch die republikanische Mehrheit des Senats herabgemindert. Demokratische Gouverneure sind gewählt worden in den anschlagngebenden Staaten New-York und Ohio sowie in den republikanischen Hochburgen New Jersey, Connecticut und Massachusetts. Die Republikaner haben auch in den andern Staaten viel an Stimmen verloren. Außerdem ist noch der Roosevelt-Kandidat für den Gouverneursposten von New-York dem Demokraten unterlegen. Die Demokraten sind bei den Wahlen zum Kongreß auch weiterhin siegreich und werden nach den letzten Meldungen im Repräsentantenhaus eine Mehrheit von wenigstens 40 Stimmen haben. Infolge der im Staate New-York zu stande gekommenen demokratischen Majorität gilt bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Kammern die Wahl des demokratischen Senators als Nachfolgers von Dewey als gesichert.

Die Republikaner haben ihre Niederlage Roosevelts zu verbanden, ja noch mehr, die Wahlen haben ihre besondere Bedeutung dadurch erhalten, daß sie für oder gegen Roosevelts ausgesprochen wurden. Nach der Rückkehr von seiner Triumpfreise durch Europa hat der Expräsident den Führern der Republikaner in welchem Ansturm die Leitung der Wahlen aus der Hand gerissen. Sehr drastisch kam das auf dem republikanischen Kongreß in Saratoga zum Ausdruck, auf dem er seinen Kandidaten, den bisher fast gar nicht bekannten Stinson, der Verammlung gegen den hartnäckigen Widerstand der Alt-Republikaner auftrug. Er sagte sich hierbei, wie bei allen Gelegenheiten, auf die breite Masse, für deren Stimmung er stets ein feines Verständnis bewiesen hat und die er wie kaum ein anderer zu behandeln weiß.

Trotz aller Aufregungen der beteiligten Kreise läßt sich die Tatsache nicht mehr verhehlen, daß sich infolge der einseitigen Wirtschaftspolitik, die eine noch stets wachsende Vertenerung der Lebenshaltung hervorgerufen hat, der Bevölkerung eine hochgradige Verstimmung bemächtigt hat, die sich selbstverständlich gegen die Republikaner richtet, weil diese aufs engste mit der Großindustrie verknüpft sind und deshalb als Träger des Wohlstandes gelten. Die Erkenntnis dieser Sachlage hatte bereits zu einer Spaltung im republikanischen Lager und zur Bildung eines selbständigen Flügels, der Insurgenten, geführt, der sich in seinem Programm sehr wesentlich den Demokraten näherte. Vom parteipolitischen Standpunkte aus war das ein grober Fehler, da er die schon stark erschütterte Stellung der Republikaner unhaltbar zu

machen drohte. Wenn Roosevelts trotzdem seinen großen Einfluß nicht im Sinne der Erhaltung der Einheit der Partei einsetzte, sondern sich an die Spitze der Insurgenten setzte und mit der ihm eigenen brutalen Rücksichtslosigkeit den offenen Kampf gegen die Altrepublikaner eröffnete, so hat er damit einen recht geringen Grad von staatsmännischer Einsicht und eine ungläubliche Ueberschätzung der Macht seiner eigenen Persönlichkeit bewiesen. Freilich kann er zu seiner Entschuldigung anführen, daß er allgemein überschätzt und daß mit ihm ein Kultus getrieben worden ist, der auch stärkere Geister in Verwirrung hätte bringen können.

Tatsächlich ist Roosevelts kein Staatsmann, sondern nur einer jener Volkstribunen, an denen die Vereinigten Staaten reich sind. Er weiß in unwüthiger volkstümlicher Rede die Menge, auf deren Instinkte er geschickt einzugehen versteht, zu harangieren und damit hat er lange Zeit beispiellose Erfolge erzielt. Aber allmählich hat man doch einsehen müssen, daß sich bei ihm Wort und Tat selten decken. Während der Wahlkampagne bezeichnete ihn nicht mit Unrecht der ruhmreiche Kommissar Mack als ein politisches Chamäleon; er sei zwar gegen die Hochfinanz, gegen die Korruption und dergleichen in hohen Tönen losgezogen, habe aber stets verkauft, sobald es darauf ankam, die Forderung aus seinen Reden zu ziehen. Vor allem wirft man Roosevelts vor, daß er durch sein demagogisches Auftreten die Wirtschaftskrisis von 1907 hervorgerufen habe, ohne damit für das Allgemeinwohl entsprechende Resultate erzielt zu haben. Der Kongreß Rider, wie er sich gern nennen hörte, war der populärste Mann in der Union; er ist es heute nicht mehr und es steht ganz so aus, als würde er in seinen Sitz auch die republikanische Partei verwerfen. Die Aussichten für ihn und die Partei bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sind recht trübe; aber im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ist es ein heftiges Ding, die Zukunft fixieren zu wollen. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn Roosevelts seine Mission forscher und über das Insurgententum hinweg schließlich im Lager der Demokraten endete.

Die demokratische Strömung hat sich ein breites Feld geöffnet und dürfte für die nächste Zeit wohl die herrschende bleiben; es wäre aber verfehlt, daraus etwa den Schluß ziehen zu wollen, daß sich nun ein Umschwung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung entwickeln müßte. Dazu fehlt den Demokraten zunächst die Macht, da sie wohl im Repräsentantenhaus, jedoch nicht im Senat über die Mehrheit verfügen und in den nächsten zwei Jahren noch ein republikanischer Präsident seines Amtes walten. Aber selbst davon abgesehen, könnten die Sieger nicht daran denken, die Früchte ihres Erfolges unbedenklich zuzuhelfen. Die Demokraten sind Gegner der Hochfinanz und der Großindustrie und damit auch des Hochfinanzsozialismus. Wollen sie auf diesem Gebiete gründliche Reformen vornehmen, so könnte das leicht zu einer volkswirtschaftlichen Krise führen, deren Tragweite gar nicht zu ermessen ist. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß vorläufig wenigstens alles beim alten bleiben wird, zum mindesten, bis das Jahr 1912 eine Entscheidung nach der einen oder der anderen Richtung gebracht hat.

—r.

Telegramme.

Darmstadt, 9. November. (C. T. C.) Heute abend besuchte die Kaiserin von Rußland zum ersten Male die Vorstellung im Hoftheater. Der Vorstellung wohnten auch der Kaiser von Rußland, die drei Töchter der russischen Majestäten sowie der Großherzog und die Großherzogin und Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen bei. Zur Aufführung gelangte die im vorigen Jahre vom Großherzog unter dem

Pseudonym E. Mann verfaßte Weihnachtserzählung „Bonifacius“.

Wien, 9. November. (C. T. C.) Wie die „Wien. Volksztg.“ aus Lachen meldet, hat das kürzlich verstorbene Fräulein Adele Coderik eine Reihe bedeutender Stiftungen gemacht. U. a. machte sie eine Stiftung für unbemittelte Damen bestehend aus 3 Gütern, darunter dem Schloßchen Bergsberg und dem bekannten Paulinenväldchen, sowie 1/2 Million in bar; dabon sollen 200 000 Mark zum Umbau des Schloßchens in ein Damenheim und 300 000 Mark zu dessen Unterhalt dienen. Außerdem vermachte sie verschiedenen Kirchengemeinden und Instituten insgesamt 31 000 Mark.

Straßburg, 9. November. (C. T. C.) Der Rheinpegel in Rehl zeigte gestern einen Wasserstand von 312 cm und heute früh von 392 cm. Das Wasser steigt noch weiter.

Wien, 9. November. (C. T. C.) Oesterreichische Delegation. (Fortsetzung.) Rozdowski erklärte, die Polen seien bemüht, die Kraft Oesterreichs nach außen hin zu vermehren und die inneren Differenzen zu schlichten. Er leugne nicht, daß Deutschland seine Bündnispflicht erfüllt habe, doch dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß Deutschland ohne Oesterreich der Isolierung ausgesetzt wäre. Der Redner betonte die friedliche Politik Oesterreich-Ungarns und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es durch eine vermittelnde und verständliche Politik zur Verminderung der Kriegserregungen beitragen werde. Redner erklärte, in Oesterreich müsse sich ein System nationalen Gleichgewichts und politischer Unabhängigkeit aller Nationalitäten durchsetzen. Dann werde die Rückwirkung der äußeren Politik auf die inneren Verhältnisse vermieden werden können. Die Sozialdemokraten wollten den Freundschaft als Defensivbündnis und zugleich als Sicherung gegen Italien, mit dem Oesterreich keine Interessendifferenzen habe. Deshalb könnten die überflüssigen beiderseitigen Rüstungen eingeschränkt werden.

Ungarische Delegation. Bei der fortgesetzten Beratung des Heeresbudgets traten sämtliche Redner für die Erfüllung der nationalen Forderungen Ungarns für die Armee ein. Rakosich gab seine Stimme für das Heeresbudget ab trotz der oppositionellen Haltung der Volkspartei, weil es nicht angehe, daß der große Kampf, den Ungarn in der militärischen Frage führe, zum Schaden der Armee ausgeht würde.

Paris, 9. November. (C. T. C.) Deputiertenkammer. In der heutigen Verhandlung wurde die Debatte über die Interpellationen fortgesetzt. In Erwiderung auf die Ausführungen des Deputierten Charles Benoist erklärte Briand, er werde hinsichtlich der Wahlreform die Vertrauensfrage stellen und hoffe, mit Unterstützung der Kommission zu einer schnellen Lösung zu gelangen, vorausgesetzt, daß die Kommission den ursprünglichen Entwurf nicht allzusehr abändere.

Delahaye (Rechte) greift unter starkem Lärm Briand und mehrere Minister, darunter besonders Lafferre persönlich heftig an. Der Präsident erteilte ihm einen Ordnungsruf. Leroy-Beaulieu (Progressist) erklärte, er könne zu einem Ministerium, dem Lafferre, der Verteidiger der Zettelwirtschaft des Kriegsministers André, angehöre, kein Vertrauen haben.

Briand erklärte: Es hängt von den Republikanern ab, ob ich morgen noch an der Spitze der Regierung stehe. Ich werde ihnen heute abend die Mittel dazu in die Hand geben. Lafferre ist ein Ehrenmann und ein Mann von Mut. (Weisfall links, Zwischenrufe rechts.) Ich begehre Ihre Stimme nicht, rief Briand, zur Rechten gewandt. Zudem er dann auf die Hauptfrage einging, sagte er: Die Regierung kann morgen einem neuen Eisenbahnausstand gegenübersehen. Soll sie es mit gekrenztem Arment tun? Wenn Sie ja dazu sagen, dann trete ich zurück. (Weisfall links und in der Mitte.) Briand erklärte weiter, daß die Regierung, um die Möglichkeit der Wiederkehr solcher gefährlichen Ereignisse zu vermeiden, die Schaffung einer dauernden Ausgleichs- und Schiedsgerichtschöpfung vorschläge, ferner solle es unmöglich sein, während der Tagung dieses Schiedsgerichts einen Ausstand zu verurteilen, und ebenso solle es unmöglich sein, in den Ausstand zu treten, wenn der Ausgleich nicht angenommen worden sei. Briand protestierte sodann gegen Jaurès' Behauptung, daß Frankreich der Welt auf der Bahn der Reaktion vor-